

04.01.2007 | Gutachten räumt mit Länder-Befürchtungen auf

Ulla Schmidt: Gutachten schafft Klarheit bei finanziellen Auswirkungen des Gesundheitsfonds – Länder-Befürchtungen unbegründet

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) hat am 4. Januar zu dem von Prof. Dr. Bert Rürup und Prof. Dr. Eberhard Wille vorgelegten wissenschaftlichen Gutachten erklärt: "Das vorgelegte Gutachten bestätigt unsere Auffassung. Es kommt zu Ergebnissen, die den bereits im September 2006 allen Verhandlungspartnern übermittelten Berechnungen des Bundesversicherungsamtes sehr nahe sind." Nun müsse der Streit um Zahlen über die Fonds-Wirkungen beendet sein. Es zeige sich, dass die Länder-Befürchtungen hierzu unbegründet seien.

Nun, so Schmidt weiter, sollte klar sein, dass eine regionale Betrachtung der sozialen Sicherung ein Irrweg sei. "Es geht um die gesamtdeutsche Solidarität, um faire Bedingungen in allen Teilen Deutschlands." Das Bundesverfassungsgericht habe im Sommer 2005 nachdrücklich vor einer regionalen oder länderbezogenen Sicht gewarnt und betont, dass der gesamtdeutsche Risikostrukturausgleich den Solidargedanken länderübergreifend verwirkliche. "Alles in allem kann es jetzt durch Klarheit an einem für einige Länder wichtigen Punkt vorangehen", sagte Schmidt.